



Stephen allein im House

Wenn die Welt im Februar nach Kanada schaut, sieht sie viele Athleten, aber keine Abgeordneten: Prime Minister Harper hat das Parlament im Dezember einfach ausgesetzt.

O, Canada – so fängt die kanadische Nationalhymne an. Das ganze Land hofft darauf, sie in den kommenden zwei Wochen möglichst oft zu hören, begleitet vom Gesang weiß-rot gekleideter Olympioniken auf dem Siebertreppchen. Doch während das „O“ in Vancouver nach Hymne klingt, hat es in der Hauptstadt Ottawa eine andere Färbung: Auf Parliament Hill herrscht seit Dezember das Triple-O, die „[Prorogation](#)“.

Pro-ro-ga-tion. Keine Sorge, dieses Wort nie gehört zu haben, ist keine Bildungslücke. Es handelt sich um eine Spezialität des angelsächsischen Wahlsystems. Auch die meisten Kanadier kannten es nicht. Prime Minister Stephen Harper brachte es ihnen bei.

Prorogation heißt „Aussetzung“. Ausgesetzt wird hier kein Hund, sondern der parlamentarische Betrieb. Dies soll heißen: Wenn der Regierungschef beschließt, eine Sitzungsperiode zu beenden, braucht er dazu nichts weiter als die Zustimmung des Staatsoberhauptes. In Vertretung der englischen Königin ist das in Kanada die Generalgouverneurin oder der Generalgouverneur. Diese Zustimmung ist allerdings reine Formsache, und schon bleibt das [House of Commons](#) so lange geschlossen, wie der Prime Minister es möchte.

Ende 2008 hatte Stephen Harper, Kopf der konservativen Minderheitsregierung, auf diese Weise ein [Misstrauensvotum umschiff](#)t. Ende 2009 ließ er gleich noch einmal prorogieren. Über zwei Monate lang ist das Parlament nun ausgesetzt. 36 Gesetzentwürfe wurden schockgefrostet, die Oppositionsparteien ihrer Gestaltungsmöglichkeiten beraubt. Harper hat die Zeit für eine kleinere Kabinettsumbildung genutzt.

Über die Gründe für seinen Schachzug äußerte sich der Prime Minister zunächst so gut wie gar nicht. Vielmehr versuchte er, die Tragweite der Aussetzung herunterzuspielen, als sei sie ein völlig normaler Vorgang. Erst Tage später erklärte er in einem [CBC-Interview](#), er brauche Zeit, um sich ungestört auf die Vorlage des nächsten Haushalts vorbereiten zu können – schließlich müsse er die Wirtschaftspolitik nach dem Ende der Rezession „rekalibrieren“. In einem anderen [Interview](#) ließ er sich zu der Aussage hinreißen, das Parlament mache seine Regierung instabil. Da schrillten in der Öffentlichkeit endgültig die Alarmglocken.

Die kanadische Tageszeitung *The Globe and Mail* konstatierte, bei der Prorogation gehe es „um die [Kontrolle der Agenda](#) in der Öffentlichkeit“. Das britische Magazin *The Economist* widmete ihr ein Editorial und nannte sie „[nacktes Eigeninteresse](#)“. In der Tat: Bis vor kurzem hatten die oppositionellen Liberalen eine Mehrheit im Senat, konnten Gesetzesvorhaben also blockieren. Doch im Januar besetzte Stephen Harper fünf vakant gewordene Sentarorenposten mit seinen eigenen Leuten neu. Wenn das Parlament wieder zusammentritt, hat er freie Bahn.

Der stärkste Vorwurf seiner Gegner ist jedoch, Harper wolle mit der Parlaments-Aussetzung das Afghanistan-Komitee an der Untersuchung der [Colvin-Affäre](#) hindern. Denn Ende November 2009 hatte Ottawa einen handfesten Skandal gesehen. Richard Colvin war 2006 stellvertretender Botschafter in Kabul. Wiederholt hatte er mehrere Ministerien darauf hingewiesen, dass Afghanen, die von kanadischen Soldaten festgenommen worden waren, nach ihrer Überstellung in afghanische Gefängnisse von den einheimischen Sicherheitskräften misshandelt wurden – was eine Verletzung der Genfer Konvention darstellt. Seine Hinweise seien bei höheren Stellen jedoch systematisch auf taube Ohren gestoßen. Er selbst, so [Colvin vor dem Afghanistan-Ausschuss](#), sei angehalten worden, bei der Berichterstattung keine Spuren zu hinterlassen.

Seit seiner Aussage hatte die konservative Regierung, allen voran Verteidigungsminister [Peter MacKay](#), alles daran gesetzt, Richard Colvins Glaubwürdigkeit zu untergraben. Doch der Schuss ging nach hinten los. Während Colvin von vielen Seiten Unterstützung erfuhr (so unterschrieben z.B. 23 ehemalige kanadische Botschafter als Erstunterzeichner einen [offenen Brief](#), in dem sie ihre Solidarität mit dem Diplomaten ausdrückten), hat MacKay selbst in der Affäre stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt und musste sich Rücktrittsforderungen gefallen lassen.

Falls Harper gehofft hatte, durch die Prorogation nicht nur Richard Colvin, sondern auch die öffentliche Diskussion zum Schweigen zu bringen, ist sein Kalkül nicht aufgegangen. In nur einem Monat versammelte ein Student aus Alberta 220.000 Mitglieder auf einer Facebook-Seite namens „[Canadians Against Proroguing Parliament](#)“. Und am 23. Januar, zwei Tage bevor das House of Commons wieder hätte zusammentreten sollen, fanden im ganzen Land [Proteste](#) statt. Tausende demonstrierten in Halifax, Montreal, Ottawa, Toronto, Edmonton und Vancouver. Das ist ungewöhnlich in einem Land, dessen Bewohner für Harmoniestreben und Kompromissbereitschaft bekannt sind und nur selten auf die Straße gehen, insbesondere im Winter. Doch diesmal hatten offenbar tatsächlich viele das Gefühl, sie müssten die Demokratie verteidigen.

„Herr Harper, machen Sie diese Türen auf!“ forderte [Jack Layton](#), Vorsitzender der sozialdemokratischen NDP, vor einer Menschenmenge auf Parliament Hill in Ottawa. „Es ist das Haus des Volkes, nicht Ihr Haus!“ – „Wir wollen keine Lachnummer sein, die sich vom *Economist* sagen lassen muss, sie weiß nicht, wie man eine Demokratie betreibt!“, rief ein Professor in Montreal der jubelnden Masse zu.

Erst nach dem Ende der Olympischen Spiele, am 3. März 2010, wird der parlamentarische Betrieb mit einer Thronrede wieder aufgenommen. Tags darauf steht die [Haushaltsabstimmung](#) an. Im House of Commons haben die Konservativen nach wie vor keine Mehrheit, und die Umfragewerte zeigen seit der Prorogation nach unten. Es wird spannend sein zu sehen, wie sich die anderen Parteien nach diesem Affront verhalten. Schon jetzt arbeiten Liberale und New Democrats zusammen an einem Gesetzesvorschlag, um die Prorogation in Zukunft zu erschweren. Gemeinsam könnten sie Stephen Harper zu Fall bringen.

Doch vermutlich wird nichts daraus. Den Liberalen steckt noch ihre Erfahrung vom September vergangenen Jahres in den Knochen. Sie hatten in den Umfragen auf gleicher Höhe mit den Konservativen gelegen, bei etwa 32 Prozent, und wollten Neuwahlen erzwingen, obwohl die letzten erst elf Monate her waren. Das Vorhaben scheiterte und brachte eine fatale Fehleinschätzung der Wahlmüdigkeit im Land ans Licht. Einen Monat später waren die Liberalen auf 25,7 Prozent abgesackt, während die Konservativen auf 39,7 Prozent kamen.

Dass ihre Umfragewerte mittlerweile wieder nach oben geklettert sind, haben die Liberalen alleine der Prorogation zu verdanken. Sie kommt Prime Minister Harper teuer zu stehen: Noch im Januar löste sich der Vorsprung der Konservativen vor den Liberalen fast vollständig in Luft auf. Interessanterweise konnte jedoch keine der kleineren Parteien (NDP, Bloc Québécois, Green Party) von Harpers Popularitätsverlust profitieren.

Und doch: Der liberale Parteichef Michael Ignatieff hat sich für Neuwahlen noch nicht ausreichend in Stellung gebracht. Weil den Liberalen Visionen fehlen, findet Ende März in Montreal eine „[Thinkers Conference](#)“ statt. Bis die Ergebnisse dieser gemeinschaftlichen Denkanstrengung ausgewertet und gebündelt sind, werden einige Wochen vergehen. Dann ist es schon Juni, und der zweite große Auftritt auf der Weltbühne steht auf dem Programm: Weil Kanada dieses Jahr den G8-Vorsitz innehat, findet am 25. Juni in Huntsville, Ontario, der [G8-Gipfel](#) statt, gefolgt vom G20-Gipfel am 26. und 27. Juni in Toronto – ein sehr ungünstiger Zeitpunkt für Wahlen. Im Juli und August ist dann ohnehin Sommerpause. Bis zum Herbst braucht sich Stephen Harper um seinen Job also keine Sorgen zu machen.

[Meike Wöhlert](#) ist Programmkoordinatorin und Kanada-Liaison für das FES-Büro Washington.

Washington, DC / 9. Februar 2010